

**An Herrn
Stanislaw Tillich
Ministerpräsident des Freistaat Sachsen
Freistaat Sachsen
Sächsische Staatskanzlei
01095 Dresden**

Kopie an:
Herrn Markus Ulbig
Staatsminister des Innern
Sächsisches Staatsministerium des Innern
01095 Dresden

Herrn Martin Dulig
Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
und stellvertretender Ministerpräsident
Postfach 10 03 29
01073 Dresden

"Abschiebe-Drama": Berichte der LVZ am 27. und am 30.12. 2014

Leipzig, den 05. Januar 2015

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Abschiebungspraxis in Sachsen ist nicht nur die höchste in Deutschland, wessen sich Ihr Innenminister sogar rühmt, sondern sie tritt Menschenrechte und Menschenwürde, und damit die Verfassung, mit Füßen. Im Zusammenhang mit der Beschreibung des dramatischen und tragischen Falls der gewaltsam abgeschobenen achtzehnjährigen Tschetschenin in der LVZ scheint Ihnen und Ihrer Partei das „C“ vollkommen abhandengekommen und zu einem bloßen Dekor verkommen zu sein.

Eine an Gemeinheit und Gefühllosigkeit nicht zu überbietende Abschiebung, nicht nur aufgrund des Zeitpunkts, mitten im wichtigsten Friedenfest der Christen, sondern auch aufgrund der Rohheit des Vorgehens. Ein junges Mädchen wie eine Schwerekriminelle mitten in der Nacht, ohne Ankündigung, überfallsartig von ihrer Familie zu trennen, und in ein ihr völlig unbekanntes Land abzuschieben, hat nicht das geringste mit der Einhaltung von rechtsstaatlichen Verfahren zu tun, sondern verrät den Grad der Gleichgültigkeit, die Sie, Ihre Regierung und Partei, als Mitverantwortliche in der Politik gegenüber Menschen in Not haben und macht deutlich, wo eigentlich Sie, Ihre Regierung und Partei stehen, sieht man von Sonntagsreden, beschönigenden Stellungnahmen und Lippenbekenntnissen zu einer Willkommenskultur und Toleranz einmal ab. Eine solche Politik untergräbt zudem jegliche Entwicklung zu einem Denken für eine Willkommengesellschaft, von der in den letzten Wochen und Monaten so viel die Rede ist; sie verwandelt jede Bemühung in eine Farce.

Während Industrie, Wirtschaft und Handwerk fordern, gut integrierte, qualifizierungsfähige bzw. qualifizierte AsylbewerberInnen im Land zu lassen, lassen Sie qua Amt Gewalt über eine Achtzehnjährige üben, die hier vorbildlich integriert ist und nicht dabei war, unseren sog. Sozialsystemen zur Last zu Fallen.

In welchem Land leben wir eigentlich, das Schutzbedürftige zum Suizid treibt?

Demokratie eines zivilisierten Rechtsstaates beweist sich im Umgang mit seinen Minderheiten, und hierzu empfehle ich Ihnen und Ihren MitstreiterInnen dringend die Lektüre von Hannah Arendts Schriften.

Als eine Bankrotterklärung betrachte ich die Absicht Ihrer Regierung und Partei, die „Asylpraxis neu zu bewerten“ (von der CSU möchte ich gar nicht erst sprechen). Damit spielen Sie Rechtsra-

dikalen oder fremdfeindlichen Gruppen in die Hände, Sie stellen Demokratie, Toleranz, Menschlichkeit und Menschenwürde und nicht zuletzt das Ansehen Sachsens zur Disposition.

Allerdings muss eingeräumt werden, dass diese Asyl- und Abschiebep Praxis ein unwürdiges Vorgehen allgemein in der EU und in fast allen Bundesländern ist. Dass dieser Fall ans Tageslicht kam, verdanken wir ausschließlich der Bürgerinitiative „Offene Nachbarschaft Leipzig-Süd“ und den Berichten der LVZ. Wenn es nach der Politik gegangen wäre, hätte man auch diesen dramatischen Fall unter den Teppich gekehrt; ein trauriger Befund.

Ich erhebe meinen Protest nicht nur gegen den CDU-Regierungsteil, sondern gleichwohl gegen die SPD, die an der Regierung mit einem stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Dulig, beteiligt ist, eine Partei, die in der Opposition und aus Berlin die aktuelle Asylpolitik und Abschiebep Praxis verurteilt, die sie bei einer Regierungsbeteiligung aber völlig ausblendet. So verspielt die SDP Glaubwürdigkeit und verprellt aufgeklärte Bürger.

Mit Rechtsradikalen zu paktieren, indem demokratische Parteien und prominente Politiker der CDU und CSU „Verständnis für die Sorgen und Ängste der Bürger gegenüber Überfremdung“ zeigen (in einem Bundesland, in dem statistisch Ausländer und Muslime unbedeutend sind), ist ein Irrweg. Richtiger wäre es, dass jeder einzelne Landtagsabgeordnete, jeder Kommunalpolitiker sich für die Bürger seines Bezirks für die Aufklärung so viel Zeit nehmen würde, wie es vor den Wahlen der Fall ist. Aufklärung ist das einzige Mittel, das begründete oder unbegründete Ängste abbaut, statt sich Rechtsradikalen anzubiedern.

Zuletzt frage ich mich, wo der Verstand des „Bürgers in Polizeiuniform“ bleibt, wenn ein solch rohes Vorgehen, wie es der aktuelle Fall darstellt, angewiesen wird oder wenn sich ein solches Verhalten Vorort verselbstständigt. Adorno verlangte in einer berühmten Schrift, dass der kritische Verstand vor blindem Gehorsam Priorität haben müsse, um eine unmenschliche Befehlskette zu unterbinden. Allerdings dürfte auch Ihrer Regierung nicht entgangen sein, in welcher moralischen Not Ihre Regierung Polizeibeamten bringt.

Ich fordere, dass Ihre „Überprüfung der Asylpraxis“ nicht zu einer weiteren Verschärfung, sondern zu mehr Menschlichkeit führt, so dass derartig grausame Ereignisse, wie Sie sie uns zu Weihnachten beschert haben, uns und schutzsuchenden Menschen künftig erspart bleiben.

Mit Nachdruck fordere ich mit vielen anderen, die sofortige Rückkehr der achtzehnjährigen Tschetschenin samt ihrer Familie nach Leipzig zu ermöglichen.

Ich fordere alle aufgeklärten MitbürgerInnen auf, und wir sind die Mehrheit in Deutschland, ihre Stimme zu erheben und weder Regierungen, die aus Opportunitätsgründen und Kalkül rechten Gruppen nachlaufen, noch den Rechtsradikalen selbst das Feld zu überlassen. Das ist unsere erste Bürgerpflicht in einem demokratischen Gemeinwesen, in dem seit mehr als einem Jahrzehnt Fremdfeindlichkeit und Intoleranz kontinuierlich zunehmen.

Als Letztes möchte ich darauf hinweisen, dass es sich bei diesem Schreiben um einen offenen Brief handelt, der in den nächsten Tagen an die Presse gehen wird.

Mit freundlichen Grüßen,

Prof. Dr. Alfonso de Toro

Absenderadresse:
04229 Leipzig